

5240/AB
vom 02.04.2021 zu 5216/J (XXVII. GP)
Bundesministerium bmeia.gv.at
 Europäische und internationale
 Angelegenheiten

Mag. Alexander Schallenberg
 Bundesminister

Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Herrn
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Präsident des Nationalrates
 Parlament
 1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.095.041

Wien, am 2. April 2021

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Helmut Brandstätter, Kolleginnen und Kollegen haben am 4. Februar 2021 unter der ZI. 5216/J-NR/2021 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Atomare Grüße des Außenministeriums an die Stadt Wien“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3, 5, 7 und 8:

- *Wurden Sie vor dem Abspielen es Videos über den fiktiven Atombombenangriff auf Wien über den Inhalt informiert?*
Wenn ja, mit Welcher Absicht wurde das Video präsentiert?
- *Gab es aus dem Kabinett Warnungen gegen das Abspielen des Videos?*
Wenn ja, von wem?
Wenn ja, was war der Grund für die Warnung?
- *Wissend, dass das gegenständliche Abkommen nicht einen einzigen Atomsprengkopf aus dem Verkehr ziehen wird, welche Nachricht will das BMEIA den Wiener_innen mit dem Video senden?*
- *Gibt es Vereinbarungen unter den Unterzeichnerstaaten des Atomverbotsgegesetzes, Videos oder ähnliche öffentliche Mitteilungen zu publizieren?*

- Wie entstand die Idee zur Produktion dieses Videos? Wurde die entsprechende Fachabteilung in die Entscheidung einbezogen?
- Warum wurde entschieden, zusätzlich zu dem Video „Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrags 22. Jänner 2021“ das zweite Video „Folgen eines Atombombenabwurfs auf Wien“ zu produzieren? Welchen Mehrwert hat das Video über den Atombombenabwurf im Vergleich zum Video über das Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrags erzielt?

Ich verweise auf meine Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Zl. 3829/J-BR/2021 vom 28. Jänner 2021. Darüber hinaus sei erwähnt, dass der Nuklearwaffenverbotsvertrag selbst die Bedeutung von Bewusstseinsbildung über die Risiken und Auswirkungen von Nuklearwaffen unterstreicht. Alle Vertragsstaaten werden darin explizit dazu aufgerufen, entsprechende Maßnahmen national, wie auch international zu setzen. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund wurden rund um das Inkrafttreten des Vertrags am 22. Jänner von meinem Ressort diverse Medien- und Bewusstseinsbildungsaktivitäten, u.a. auch die Produktion mehrerer Videos, gesetzt. Ziel war es, die Bedeutung des Vertrags herauszustreichen, das Bewusstsein für die humanitären Auswirkungen und Risiken von Nuklearwaffen zu heben, die Rolle Österreichs bei der Entstehung dieses Vertrages zu dokumentieren und proaktiv für eine nuklearwaffenfreie Welt zu werben. Alle inhaltlichen Fragen im Zusammenhang mit den genannten Aktivitäten wurden in enger Abstimmung mit der Fachabteilung meines Ressorts durchgeführt. Ziel des Videos über die Konsequenzen einer Nuklearwaffenexplosion über Wien war in erster Linie, den Zuseherinnen und Zusehern konkret und nachvollziehbar vor Augen zu führen, was in so einem Fall passieren würde. Die Logik, dass mit diesem Vertrag nicht ein einziger nuklearer Sprengkopf aus dem Verkehr gezogen wird, lehne ich zutiefst ab. Sie spielt in die Hände jener, die in dem Nuklearwaffenverbotsvertrag ein Sicherheitsrisiko orten mit dem Argument, man könne nicht abrüsten, solange andere Nuklearwaffenstaaten ihre Arsenale nicht aufgeben. Ähnlich gelagerte Argumente wurden auch in der Vergangenheit gegen die Konventionen zum Verbot von Landminen, von Streumunition, sowie gegen den Einsatz von chemischen und biologischen Waffen vorgebracht. Das Ergebnis dieser Logik würde Stillstand bedeuten. Dann hängen Nuklearwaffen für immer wie ein Damoklesschwert über uns allen. Dass mit dem Nuklearwaffenverbotsvertrag nicht auf einen Schlag die Arsenale aus dem Verkehr gezogen wurden, ist kein Grund, seine Sinnhaftigkeit in Frage zu stellen. Das Inkrafttreten des Vertrags war daher ein erster, aber sehr wichtiger Schritt.

Zu Frage 4:

- Gibt es Umfragen aus jüngerer Zeit über die Einstellung oder Ängste der Österreicher_innen betreffend einen Atomangriff auf Österreich?

Eine aktuelle Umfrage in Österreich dazu ist mir nicht bekannt. Eine aktuelle Umfrage gibt es allerdings in sechs Staaten der Organisation des Nordatlantikvertrags (NATO; Belgien, Dänemark, Island, Italien, Niederlande und Spanien) mit dem Ergebnis der klaren

Unterstützung für den Verbotsvertrag in diesen Staaten (siehe www.icanw.org/nato_poll_2021). Anzuführen ist hier auch, dass es nicht nur um die Frage eines Angriffs auf Österreich mit Nuklearwaffen geht. Die Wahrscheinlichkeit dafür ist gering, auch wenn es seitens der Nuklearwaffenstaaten faktisch keine Transparenz hinsichtlich der nuklearen Einsatzpläne gibt und das Risiko terroristischer Angriffe mitberücksichtigt werden muss. Österreich ist im Zusammenhang mit Nuklearwaffen keine „Insel der Seligen“. Europa ist auch fast 30 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges immer noch der am meisten von Nuklearwaffen betroffene Kontinent. Nukleare Sprengköpfe von vier Staaten (Frankreich, Großbritannien, Russland und den Vereinigten Staaten) sind in Europa stationiert. Auf der NATO-Basis in Aviano/Italien, lediglich rund 60 km von der österreichischen Grenze entfernt, lagern nukleare Sprengköpfe. Ein Einsatz von Nuklearwaffen – ob intendiert oder durch Fehlkalkulation, menschlichen Irrtum oder technischen Fehler – mit den daraus resultierenden humanitären, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen ist eine akute und existentielle, aber zu wenig beachtete Bedrohung, der auch Österreich ausgesetzt ist.

Zu Frage 6:

- *Haben andere Unterzeichnerstaaten ähnliche Videos oder öffentliche Mitteilungen dieser Art produziert und/oder veröffentlicht?*

Das Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrages wurde weltweit durch zahlreiche Veranstaltungen begangen (siehe www.icanw.org/events).

Zu Frage 9:

- *Welcher oder welche Nuklearmacht oder –Mächte stellen nach Einschätzung des BMEIA eine Gefahr für einen Atomangriff auf Wien oder Österreich insgesamt dar? Welchem Risikobild entspringt diese Einschätzung?*

Ich verweise auf die Antwort zu Frage 4 hinsichtlich des Risikobildes für Österreich. Zum allgemeinen Risiko im Zusammenhang mit Nuklearwaffen verweise ich unter anderem auf die Expertinnen und Experten des noch auf Albert Einstein zurückgehenden *Bulletin of the Atomic Scientists*, welche mit der bekannten nuklearen „Weltuntergangsuhr“ (Doomsday Clock) seit Jahrzehnten das Nuklearwaffenrisiko berechnen. Die jüngste, am 27. Jänner 2021 veröffentlichte Risikoeinschätzung sieht die Weltuntergangsuhr bei 100 Sekunden vor Mitternacht. Die Risiken eines Einsatzes oder Unfalls von Nuklearwaffen werden damit heute höher denn je eingeschätzt, auch im Vergleich zur Zeit des Kalten Kriegs. Die nuklearen Risiken werden daher nicht weniger, sondern sie steigen. Zudem wissen wir heute mehr über das wahre Ausmaß der Auswirkungen von Nuklearwaffen. Die aktuelle globale Pandemie, der Klimawandel und die Gefahr durch Nuklearwaffen sind akute, globale und existentielle Bedrohungen die parallel existieren, und die unserer dringenden Aufmerksamkeit bedürfen. Diese Einschätzung wird von den renommiertesten Expertinnen und Experten zu diesem

Thema geteilt, wie dem ehemaligen Leiter der in Wien ansässigen Atomenergiebehörde und Friedensnobelpreisträger Mohamed Elbaradei.

Zu Frage 10:

- *Wer hat das Video produziert und wie hoch waren die Produktionskosten?*

Ich verweise auf meine Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Zl. 3829/J-BR/2021 vom 28. Jänner 2021.

Zu den Fragen 11 und 12:

- *Wer hat die Veröffentlichung des Videos auf Social Media (Facebook und Twitter) und der Webseite abgewickelt bzw. die relevanten Entscheidungen hierzu getroffen?*
- *Wer hat die Videopräsentation organisiert, welche Unternehmen waren daran beteiligt und wie hoch waren die Veranstaltungskosten?*

Die Präsentation des Videos und die Organisation der Pressekonferenz anlässlich des Inkrafttretens des Nuklearwaffenverbotsvertrags am 22. Jänner 2021 wurden von der gemäß der Geschäftseinteilung des Bundesministeriums für Europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) für Presse und Information zuständigen Abteilung abgewickelt. An der Umsetzung waren die Unternehmen Steffen Bergmeister, EventlogistiX e.U. sowie Tobias Oberzeller mit Netto-Gesamtkosten von 10.427,50 Euro beteiligt.

Zu Frage 13:

- *Die Regierung fährt einen relativ restriktiven Coronakurs (seit drei Monaten Lockdown) mit Strafen und martialischer Rhetorik (z.B. Innenminister: „Gefährder“). Wiederholt gab es Fälle, bei denen sich Regierungsmitglieder aber selbst nicht an Ihre Regeln gehalten haben (z.B. Kleinwalsertal):*

Lag für die Veranstaltung zur Atombomben-Videopräsentation ein Corona-Sicherheitskonzept vor?

Wie haben Sie sichergestellt, dass die Corona-Verordnung des Gesundheitsministeriums eingehalten werden?

Wie konnte das BMEIA sicherstellen, dass es beim Abspielen des Videos auf einer öffentlichen Fläche keine Menschenansammlungen geben würde?

Die Pressekonferenz am 22. Jänner 2021 mit angemeldeten Medienvertreterinnen und Medienvertretern fand im Freien unter strikter Einhaltung von Abstandsregeln statt. Die Teilnehmenden wurden bereits in der Medieneinladung gebeten, vor Ort einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen. Darüber hinaus wurden an alle Anwesenden FFP2-Masken ausgegeben. Aufgrund der Sicherheitsmaßnahmen im Zuge der Covid-19 Pandemie wurde zur

Pressekonferenz nur eine begrenzte Anzahl an Teilnehmerinnen und Teilnehmern vor Ort zugelassen. Sie wurde via Facebook Livestream auch live übertragen.

Zu Frage 14:

- *Wie verhalten sich positives und negatives Feedback aus der Bevölkerung bezüglich dem Atombomben-Video?*

Die intensive Debatte zeigt, dass das Thema aufregt und Emotionen hervorruft. Nuklearwaffen sind eine reale Gefahr für die Menschheit. Ein Mehr an Information zu den desaströsen humanitären Auswirkungen dieser menschenverachtenden Waffen trägt dazu bei, den internationalen Druck für deren Abschaffung zu erhöhen. Darauf haben wir ebenso wie die in diesem Bereich tätigen NGOs, wie ICAN, in der Kommunikation mit Medien im Vorfeld des Inkrafttretens des Nuklearwaffenverbotsvertrags gesetzt. Es geht darum, Aufmerksamkeit für dieses wichtige Thema zu schaffen – in Österreich, wie auch weltweit. Wenn das Video eine echte Diskussion zum eigentlichen Problem auslöst, ist das aus meiner Sicht begrüßenswert.

Zu Frage 15:

- *Planen Sie weitere Video-Atombomben-Bombardements auf österreichische Städte?*
Wurden dazu schon Videos angefertigt?
Wurden dazu bereits Plätze reserviert?

Nein. Ungeachtet dessen werden wir unsere Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Abrüstung natürlich fortsetzen. Der nächste wichtige Schritt wird das erste Treffen der Vertragsstaaten am Sitz der Vereinten Nationen in Wien Anfang nächsten Jahres sein. Unser oberstes Ziel ist und bleibt eine Welt frei von Nuklearwaffen. Natürlich ist uns bewusst, dass die Realisierung dieses Ziels nicht einfach sein wird und wir es nicht von heute auf morgen erreichen werden. Dennoch bin ich zuversichtlich, dass die Zahl der Staaten, die den Nuklearwaffenverbotsvertrag unterzeichnen und ratifizieren, in den kommenden Jahren stetig steigen wird. Genau dafür müssen wir jedoch den öffentlichen Druck aufrechterhalten. Ich bin sehr froh, dass wir in Österreich in Abrüstungsfragen insgesamt und in der Frage unseres Einsatzes gegen Nuklearwaffen im Besonderen nicht nur einen überparteilichen Konsens haben, sondern auch eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren wie dem österreichischen Roten Kreuz oder ICAN, der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Nuklearwaffen.

Mag. Alexander Schallenberg

